

Die kleine freiwirtschaftliche Bibliothek

Wege zur Natürlichen Wirtschaftsordnung
bzw. Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

zusammengestellt
von
Tristan Abromeit

Dezember 2007

www.tristan-abromeit.de

Text 56.0.1

Das Anliegen!

Januar 2008

Anhang

Geldpolitik

Japan vor dem Ende des geldpolitischen Ausnahmezustands
übernommen von www.faz.net . Anwendungsbeispiel alter freiwirtschaftlicher
Aussagen auf heute vorkommende ökonomische Vorkommnisse.
Siehe Gesell in Text 56.42.2 .

Auszug aus:

Die Problematik flexibler Wechselkurse
als Instrument des Zahlungsausgleichs
von Tristan Abromeit

Hamburg, im September 1966

Gegebenheiten der Kommunikation in der (Wirtschafts-)Wissenschaft

Das Anliegen

Nach meiner Arbeit „Vom Untergang der Wilhelm Gustloff über den Holocaust und den Ashram Gandhis zur Gesellschaftsgestaltung“ (Text 52.0) sah ich mich nach neuen Texten von meinem freiwirtschaftlichen Freund Werner Onken, der auch das Archiv für Geld- und Bodenreform in Oldenburg leitet, veranlaßt, mich wieder mit dem Thema *Vergangenheitsbewältigung* zu beschäftigen, obwohl man die Vergangenheit gar nicht bewältigen, sondern sich höchstens bemühen kann, die vergangenen Wirkungsmächte zu verstehen, um in der Gegenwart und nahen Zukunft nicht ähnliche Fehler zu machen wie unsere Alvorderen in der Vergangenheit (Text 55). Bei der Suche nach Quellen für meine Argumentationslinie, daß beim Thema *Untergang der Weimarer Republik* immer wieder oder immer noch die von den demokratischen Parteien zu vertretenen Währungsfuschereien übersehen oder verdrängt werden, war ich unter anderem auf den Text „Indexwährung zwischen Utopie und Aporie“¹ gestoßen. Der Text ist von F. J. Clauß aus „Wirtschaftskonjunktur 6/74“ des Ifo-Instituts und befindet sich in der hier vorgelegten Sammlung unter der Ziffer 56.18. In dem Text ist unter anderem zu lesen:

Diese erste Indexwährungs-Konzeption war eine der größten theoretischen Fortschritte der Nationalökonomie - wenn sie auch kaum jemals mehr den Charakter einer Utopie gehabt hat wie zur Zeit in fast allen Industrieländern. Die jüngst wieder aufgelebte Diskussion einer Ersatzlösung läuft auf zwei Geleisen: Während man in der einen Richtung von einer Ersatz-Indexwährung durch Indexbindung aller Einkommen neues Heil stabiler Kaufkraftverhältnisse erwartet, wird in der Gegenrichtung von ihr nur größeres Unheil befürchtet. Die Hauptursache dieses Widerspruchs besteht darin, daß in der einen Denk- und Argumentationsrichtung offenbar nur die soziale und sozialpolitische Seite des Problems - insbesondere die verteilungspolitische Unhaltbarkeit des Nominalwertprinzips - erörtert wird, während in der anderen Argumentationsrichtung allein die kreislauf- und wirtschaftspolitischen Aspekte des Problems berücksichtigt zu werden scheinen: daß viele Wertsicherungsklauseln bzw. Indexbindungen die Gefahr zusätzlicher Selbstverstärkung der Inflation in sich bergen. Dabei wird leicht die realitätsbedingte Aporie, der grundlegende Antagonismus zwischen den sozialpolitischen und den kreislaufpolitischen Erforder-

¹ (Wikipedia) Unter **Aporie** (griech. *ἀπορία*, Ratlosigkeit, von gr. "ο πόρος", der Weg, "a poros" eig. "Ausweglosigkeit") versteht man seit Sokrates die Einsicht in das eigene philosophische Nichtwissen und die Unlösbarkeit eines philosophischen Problems. Sokrates führt seine Gesprächspartner dabei mit Hilfe der Elenktik in die Aporie, um sie so auf die Suche nach Wahrheit (griech. σοφία) zu leiten.

Aporie wird in der Minnelyrik auch als Unvereinbarkeit gesehen, z. B. die Unvereinbarkeit zwischen minne und ére, wie sie Reinmar in seinen Liedern postuliert.

In der Rhetorik ist die *aporia* eine Redefigur, die die Zweifelhaftigkeit einer Aussage durch den Sprecher verdeutlicht.

Die Aporetik ist die Kunst, unlösbare oder schwer zu lösende Probleme zu durchdenken und zu erörtern.

nissen verkannt: Wenn das Nominalprinzip zu einer unsozialen Fiktion und seine Ablösung bei anhaltend hohen Inflationsraten zur sozialpolitischen Notwendigkeit geworden sind, so dürfte dieser Prozeß doch kaum auf die kreislaufmäßig unschädlichen Fälle von Gleitklauseln, die nicht zur Selbstverstärkung der Inflation führen, zu beschränken sein.

Und ein paar Seiten weiter ist zu lesen:

... Kaum jemand ist sich der Tatsache bewußt, daß es sich dabei seinerzeit um höchst umstrittene Dinge gehandelt hatte. Denn was vor vier bis fünf Jahrzehnten in nahezu der gesamten Fachwelt für die theoretische Marotte neuerungssüchtiger „Geldreformer“ gehalten wurde, ist zu einem höchst populären, ja zu einem der am allgemeinsten anerkannten wirtschaftspolitischen Postulate geworden. Vielleicht keine Forderung ist heute in der Fachwelt und der Öffentlichkeit so wenig umstritten wie die nach stabiler Kaufkraft des Geldes. ...

... Gerade deshalb ist es nötig, daran zu erinnern, daß in dem ursprünglichen Indexwährungs-Konzept ein großer wissenschaftlicher Fortschritt gegenüber dem vorangegangenen Stand der Geld- und Währungstheorie lag. Vielleicht war es einer der bedeutendsten Meilensteine der Nationalökonomie überhaupt! Denn zu allen Zeiten und in allen entwickelten Kulturen, die sich der Geldwirtschaft bedienten, gehörten Inflation und Deflation zu den schlimmsten volkswirtschaftlichen Epidemien. ...

... Erst die Weltwirtschaftskrise hatte die Unhaltbarkeit der „alten Währungsordnung“ für jedermann offenkundig werden lassen, als der Abzug von Auslandskapital die Goldreserven und damit die Golddeckung verringerte. Trotz katastrophal steigender Arbeitslosigkeit mußte aufgrund der Goldwährungs-Regeln das Geldvolumen verringert und damit die schon aus konjunkturellen Gründen schrumpfende Gesamtnachfrage zusätzlich deflationiert werden. - Dies alles, nachdem schon Jahrzehnte vorher kritische Nationalökonomien wie F.Knapp, S. Gesell, G. Cassel, J. Fisher, J.M. Keynes, um nur einige der bekanntesten Namen zu nennen, die Währungstheorie von der Goldideologie befreit hatten.

Die Rolle Gesells bei der Entwicklung konnte der Autor ja wegen der wissenschaftlichen Wahrhaftigkeit nicht ganz verschweigen. Er durfte die Leistung Gesells und seiner Mitwirker aber vermutlich wohl nicht so würdigen, wie es angemessen gewesen wäre, denn dann hätte der Artikel keine Veröffentlichungschance gehabt. Hier zeigt sich, daß die Wertfreiheit in der Wirtschaftswissenschaft auch nur ein Denkmodell und die Wirklichkeit mehr vom Normativen geprägt ist.

Das Utopische und die Aporie an und zu dem Thema Indexwährung ist bis heute aber von der Wirtschaftswissenschaft selbst produziert. Und die so entstandene Konfusion wandert über die Absolventen Jahr für Jahr in die Köpfe der politischen und bürokratischen Entscheidungsträger und in die der journalistischen Berichterstatter. Auf diese Weise gibt es aber keinen wirklichen gesellschaftlichen Fortschritt, sondern wird nur der Boden vorbereitet für neue Rattenfänger, die den zweifelnden und verzweifelten Menschen eine Erlösung versprechen.

Die Kleidung der neuen Rattenfänger braucht nicht braun zu sein und die Fahnen können andere Symbole als das Hakenkreuz tragen.

Ich hatte nun zuerst vor, diese Arbeit von Clauß in den Anhang von Text 55 zu stellen. Meine Überlegung war dann aber, daß ich den Lesern – wenn ich überhaupt welche erreiche – verdeutlichen muß, daß das Ringen um die Klärung der Währungsfrage schon über 100 Jahre dauert und daß sich zu diesem Komplex noch jene des Bodenrechts und der der adäquate Gestaltung der anderen gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen gesellt, damit die Gesellschaft der Freien (Franz Oppenheimer) möglich wird. Es stieg in mir ein unklarer Gedanke von einer gesonderten Textsammlung auf, die den Rahmen eines Anhangs sprengen würde und daher gesondert veröffentlicht werden sollte. So wurde die Idee von einer kleinen freiwirtschaftlichen Bibliothek geboren, die auch ein Interesse an der großen wecken kann. Daß die kleine Sammlung nun so umfangreich geworden ist, war nicht von mir geplant, denn so sprengt sie auch die Reihe meiner Texte und bekommt einen Extraplatz auf meiner Internet-Start-Seite. Die Vorziffer 56 hätte ich mir bei der Nummerierung also sparen können. Sie nachträglich zu entfernen, ist mir aber ein zu großer Aufwand.

Ich will aber noch etwas über die Entwicklung meines Projektes „Die kleine freiwirtschaftliche Bibliothek“ berichten. Es ist ja nicht selbstverständlich, daß ein Rentner auf dem Lande im Jahr 2007/8 einen Text über die Indexwährung im Regal liegen hat. Ich kann mich nicht entsinnen, daß der Begriff im Studium an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg oder in der Ausbildung zum Bankkaufmann (in Kreditgenossenschaften) gefallen ist. Es wird sogar zahlreiche Professoren der Ökonomie geben, die allenfalls das Wort gehört aber keinen Begriff davon haben. Ein Professor, den ich als Lehrer sehr geschätzt habe, bekannte mir hinter der vorgehaltenen Hand, daß er bei Gesell viel über Geld und Kredit gelernt hatte. Offen sagen konnte er es aber nicht, weil er dann ein Tabubrecher gewesen wäre. (Ein damaliger Assistent von ihm, der inzwischen eine erfolgreiche Karriere hinter sich hat, ist aber nahe am Thema dran.) Ein anderer Professor der VWL (Namen und Uni habe ich vergessen) sagte mir am Rande einer Tagung: „Ich bin als Assistent auf Gesell gestoßen. Mir wurde aber bedeutet, daß ich mich nicht auf ihn einlassen solle, wenn mir meine Karriere lieb wäre.“

Nun, den Clauß-Text habe ich von Elimar Rosenbohm, Bankkaufmann und Dipl. Sozialwirt, der damals in der volkswirtschaftlichen und statistischen Abteilung der Landeszentralbank (LZB) in Hannover arbeitete. Ich war als Darlehnsbearbeiter in der Landesbausparkasse

(LBS), damals eine Abteilung der Norddeutschen Landesbank, tätig.² Die LZB und die NordLB lagen so dicht nebeneinander, daß die Mittagspause ausreichte, um Informationen auszutauschen. Eine telefonische Verständigung war nicht möglich, da Rosenbohm sich als jugendlicher Soldat einen Gehörschaden zugezogen hatte. Im ganzen Großraum Hannover gab es aber keinen weiteren Menschen mit dem wir uns gedanklich über Fragen, die hier Gegenstand meiner Bemühungen sind, hätten austauschen können. Für andere anscheinend, für uns lagen wir scheinbar mit unseren Theorien und Themen ganz daneben. Die Wirklichkeit hat uns aber in Theorie und Praxis bestätigt. (Zweifel sind für einen kritischen Menschen dabei nie ausgeschlossen. Selbst Gewißheiten sind einstürzbar.) Aber ein solches Festhalten an eigene Einsichten hat auch seinen Preis. Natürlich gibt es auch in einer Gruppe, die eine abgerundete Theorie wie die der Natürlichen Wirtschaftsordnung vertritt, Elemente die verschieden gedeutet werden. Die Giralgeldtheorie spaltet zum Beispiel die freiwirtschaftliche „Gemeinde“. Das bedingungslose Grundeinkommen wird vermutlich ein neuer Spaltpilz. Diese Vorgänge zeigen aber, daß auch in freiwirtschaftlichen Zusammenhängen nur mit Wasser gekocht wird und daß gruppendynamische Erkenntnisse unabhängig davon gelten, ob Vereinigungen sich um die Kaninchenzucht oder um die Weltverbesserung bemühen.

Mit der Indexwährung hängt aber mehr zusammen als die Preisniveaustabilität. Es ist vor allem die Vollbeschäftigung und Vermögensverteilung. Die Umweltzerstörung oder Krieg und Frieden mag man ja gar nicht unbefangen erwähnen, weil es als Übertreibung gelten könnte. Aber eine Indexwährung (erster Prägung im Sinne von der oben erwähnten Arbeit) ist nicht ohne Umlaufsicherung des Geldes zu haben. Und das ist nicht nur ein Thema, wo die Wirtschaftswissenschaft ahnungslos ist oder abblockt, sondern auch der Bundestag eine schon bössartig zu nennende Abwehrhaltung bei den Versuchen an den Tag legt, das Thema wenigstens über die Hintertür „Petition“ in den politischen Meinungsbildungsprozeß einzuführen. Man bemerke: Ich sage bössartig und nicht böswillig. Die Böswilligkeit setzt ja einen bösen Willen voraus. Der Bundestag ist aber offensichtlich bössartig durch Ahnungslosigkeit, er bemerkt nicht, daß er dabei ist, auf ähnliche Weise die Republik zu zerstören, wie der Reichstag die Weimarer Republik. Und diese Ahnungslosigkeit der Politik und Polit-Bürokratie spiegelt eben die Ausstattung wider, die die Hochschulen ihren Absolventen mit auf den Weg in das Erwerbsleben geben.

Es war sozusagen logisch, daß ich von der Arbeit von F. J. Clauß zu dem Wirken von Elimar

2 <http://www.lbs.de/nord/die-lbs/presse/regionale-pressemeldungen/archiv2004/20041126>

Rosenbohm kommen mußte und dann weiteten sich die Autoren und ihre Themen immer weiter aus. Bei den Arbeiten von Rosenbohm habe ich auch einen Brief von ihm an Helmut Creutz, der heute wohl der bekannteste Vertreter der Freiwirtschaftsschule ist, beigelegt: a) weil Rosenbohm die Frage, ob Giralgeld Geld ist oder nicht, auf den Punkt bringt, und b) um auch anzudeuten, daß die Arbeit in der (nichtorganisierten) Freiwirtschaftsschule vorwiegend in der Korrespondenzform erledigt wird. Ich schätze, daß auf eine veröffentlichte Broschüren- oder Buchseite wenigstens 100 Briefe kommen. Es können aber auch 50 oder 500 sein. Es gibt keine Übersicht. 95% der Arbeit wird wohl unentgeltlich erledigt. Es gibt keinen Zwang zur Mitarbeit, nur der innere Druck (mehr ein Verlangen) eine Fackel, die einem gereicht wurde, nicht erlöschen zu lassen und dem nächsten zu übergeben.

Noch einmal zur Indexwahrung: Ich habe auch zwei Hefte der längst untergegangenen Zeitschrift *Die Gefährten – Monatsschrift für Erkenntnis und Tat* eingescannt. Dort ist der Beitrag von Gesell „Die Festwährung ohne Schwundgeld“ von 1923 abgedruckt worden. Er geht dort auf die Frage ein, ob bei stabilen Preisen und sinkender Umlaufgewindigkeit durch sinkenden Zins der Ausfall der Nachfrage nicht durch Geldschöpfung ersetzt werden könnte. Er verneint dieses. Mir scheint, hier wäre mal ein Ansatzpunkt die Tauglichkeit seiner Theorie auf einen konkreten Fall anzuwenden. Ich denke dabei an Japan, wo die Notenbankpolitik am Ende war, weil der Zins auf Null gesunken war. Zur Erinnerung bringe ich als Anhang zu dieser Einführung (Text 56.0) einen Artikel aus der FAZ, den ich im Internet fand.

Auf der Suche nach Unterlagen von Rosenbohm bin ich auf seine Stellungnahme vom 11. 2. 1971 zu dem Buch „Die zweitbeste Wirtschaft“ von Gerd Grope, 1970, gestoßen. Rosenbohms Schlußbemerkung (auf Seite 21) lautet:

Giersch warnte bereits im Vorwort, daß Grope die Nationalökonomien nicht immer zu befriedigen vermöge, vor allem nicht die liberalen, wäre hinzuzufügen. Wäre Grope bei ihnen in die Schule gegangen, dann hätte er vielleicht ein Buch über „die beste Wirtschaft“ geschrieben.“

Gerd Grope war Mitglied oder Leiter der Wirtschaftsredaktion der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung. (Er ist zwischenzeitlich verstorben.) Ich habe ihm im Jahr 1969 wie folgt geschrieben. Seine Antwort darauf gebe ich anschließend wieder.³

³ Man sollte sich auch hier nicht irritieren lassen von meinem etwas ruppigen Ton, in oder mit dem ich von Wirtschaftswissenschaft oder Ökonomen spreche. Der Ton ist Ausdruck einer Enttäuschung und eines Kummers und verdeckt die darunter liegende Sympathie. Wenn ich den Wirtschaftswissenschaftlern wirklich etwas übel nehme, dann ist es die Tatsache, daß ich mich aufblähen muß wie der blaue Pfau, um wahrgenommen zu werden und

Tristan Abromeit
3000 Hannover-Kleefeld
Kaulbachstr. 25

27. 7. 69

Hannoversche Allgemeine Zeitung
3000 Hannover
Postfach

Leserzuschrift zu: „Bis zum magischen Achteck“ von Gerd Grope
HAZ 26./27. 7. 69, S. 5

Mit „Nie wieder darf es zu solchen Schlangen kommen.“ werden die Abbildungen (schlangestehende Arbeitslose 1932 und Menschenschlangen vor den Währungsbüros 1948) kommentiert.

Daß es solche Schlangen gegeben hat, ist dem Hochmut der Majorität in Wirtschaftswissenschaft und Politik der Weimarer Republik gegenüber einer Minorität der Wissenden zu verdanken.

Der Begriff „magische Ecken“ ist zutreffend für den Zustand der Volkswirtschaftslehre. Die Volkswirte sind nämlich mehr Magier als Wissenschaftler.

Die in dem obigen Bericht aufgeführten 8 magischen Ecken reduzieren sich bei logischer Betrachtung auf ein rationales Dreieck.

1. Freie Lohnbildung ist kein Ziel der Wirtschaftspolitik, sondern ein Element unserer Wirtschaftsordnung.
2. Freie Konvertibilität (die zum Wochenende von der Bundesbank eingeschränkt wurde), Ausgleich der Devisenbilanz und stabile (nicht fixierte) Wechselkurse (also außenwirtschaftliches Gleichgewicht) sind durch die Einführung flexibler Wechselkurse zu haben.
3. Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum werden jetzt zu Lasten der Preisniveaustabilität erreicht, indem die leichte Inflation den Geldkreislauf in Bewegung hält.
Wenn die Preisniveaustabilität auch erreicht werden soll, ist es erst einmal notwendig, die Quantität des Geldes zu bestimmen und die Umlaufgeschwindigkeit zu beherrschen. Die theoretischen Einsichten verstauben seit der Jahrhundertwende in Bücherregalen. Die poli-

dabei das Gefühl habe, nicht einmal einen Fasan abgeben zu können, sondern mich mit der Rolle des Rebhuhnes zufrieden geben müßte. Beim Bild vom Rebhuhn gefällt mir allerdings nicht das Spektakel, das das Huhn beim Starten macht.

tischen Sachzwänge werden aber die alten Einsichten als neue wissenschaftliche Erkenntnis kreieren, wie z.B. die flexiblen Wechselkurse.

4. Wenn eine gerechte Einkommensverteilung gefordert wird, kommt man nicht an der Tatsache vorbei, daß Gerechtigkeit in der Wirtschaft nur Leistungs- oder Tauschgerechtigkeit sein kann. Die Leistungsgerechtigkeit werden wir aber nur dann erreichen, wenn jeder Werktätige (einschließlich Unternehmer) seinen vollen Arbeitsertrag erhält, d. h. daß dem Kapital seine Ertragsfähigkeit genommen wird.

Die Versuche, den Kapitalismus mittels Vermögensumverteilungen einen annehmbaren Anstrich zu geben, werden auch noch den Kern unserer freiheitlichen Ordnung verrotten lassen.

Die einzige systemgerechte Methode, um eine gerechte Einkommensverteilung zu erreichen, ist, die Marktwirtschaft voll zur Entfaltung kommen zu lassen, das kann man schon bei Keynes und Gesell lesen.

5. Wenn die Widersprüche in der Wirtschaftspolitik Geräusche von sich geben würden, dann würde man den Großstadtlärm sicher als tiefe Stille empfinden.

Jede magische Ecke, jeder Konflikt zwischen den elementaren Zielen der Wirtschaftspolitik zeugt von sachwidrigen Empfehlungen der Volkswirte und von schlecht durchdachten Maßnahmen der Politiker.

Die Wechselkursdiskussion zeigt den Wandel an, sie zeigt auch wie durch marktwirtschaftskonforme Maßnahmen sich magische Ecken auflösen,

Wirtschaftliches Wachstum, Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität lassen sich zwar nicht mit Magie, aber mit Rationalität gleichzeitig verwirklichen.

Wenn Raumfahrt so stümperhaft, wie Wirtschaftspolitik betrieben würde, dann hätten wir in hundert Jahren noch keine Mondlandung erlebt.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Hannoversche Allgemeine
ZEITUNG

Verlagsgesellschaft Madsack & Co. • 3 Hannover I • Postfach 209

WIRTSCHAFTS-
REDAKTION

Herrn
Tristan Abromeit

...

Ihre Nachricht vom 27. 7. 1969

Sehr geehrter Herr Abromeit!

...

Wenn ich mich recht erinnere, habe ich in dem betreffenden Artikel selbst unterschieden, daß es beim magischen Achteck Ziele und Rahmenbedingungen gibt. Und die freie Lohnbildung gehört eben als Element der marktwirtschaftlichen Ordnung zu solchen Rahmenbedingungen.

Theoretische „Einsichten“, wie man Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit des Geldes tatsächlich oder vermeintlich regulieren kann, gibt es schon lange. Wenn Sie selbst etwa die Lehre von Silvio Gesell im Auge haben, muß ich Ihnen leider sagen: Das war das Thema meiner Diplomarbeit, die allerdings schon über 20 Jahre alt ist.

Aber ich glaube, daß sich bis jetzt nichts an dem Standpunkt der Wissenschaftler geändert hat: Silvio Gesells Vorstellungen sind in Wirklichkeit nicht zu praktizieren.

Mit Ihrem letzten Satz, der die Raumfahrt mit der Wirtschaftspolitik vergleicht, gehe ich ziemlich einig. Man sollte aber dabei nicht vergessen, daß das Thema der Wirtschaftspolitik, nämlich unser gesellschaftliches Zusammenleben, viel komplizierter ist als physikalische und andere Probleme, mit denen es die Raumfahrt zu tun hat. Das Entscheidende ist aber wohl, daß die Wirtschaftspolitik auf Gruppen Rücksicht nimmt oder Rücksicht nehmen muß, deren Interessen sehr unterschiedlich sein können.

Mit freundlichen Grüßen
Hannoversche ...
Wirtschaftsredaktion
gez. Grope

(Abschrift Dez. 2007)

oooooooooooooooooooooooooooo

In der Hauptsache habe ich den Inhalt dieser zwei Briefe wiedergegeben, weil er verdeutlicht, daß die Prägung eines Ökonomen durch die Hochschule, der dann Redakteur wird, über lange Zeiträume die ökonomische Berichterstattung einer großen Zeitung prägt und damit die öffentliche Meinung in Sachen Ökonomie mitbestimmt. Ich unterstelle, daß Gert Grope ein angenehmer Zeitgenosse war (ich bin ihm nur einmal in einer öffentlichen Veranstaltung begegnet), doch ich hätte gerne seine Diplomarbeit gelesen, um zu prüfen, ob hier schon Fehldeutungen sichtbar wurden. Eine Anfrage bei der jetzigen Redaktion, an welcher Hochschule Grope sein Examen gemacht hat, blieb ohne Antwort.

Da Examenskandidaten aber ihre Arbeiten bei Professoren abliefern müssen, die bestimmte Schulen oder Richtungen der Ökonomie vertreten, ist dann noch die Frage zu beantworten, wie frei die Kandidaten in ihrer Urteilsbildung sind. Und ob es für eine gute Examensnote nicht wichtiger ist, in eine Arbeit das hinein zu schreiben, was die Prüfer denken, als das, was man selber für richtig hält? ⁴

Bei Werner Onken hatte ich angefragt, ob er die erwähnte Stellungnahme von Rosenbohm zu Grope im Archiv hätte und hatte ihm von Gropes Buch und seiner Diplomarbeit erzählt. Er kam dann auf die Idee, im Internet nach Gropes Buch „Die zweitbeste Wirtschaft“ zu forschen. Er fand es dann auch im antiquarischen Angebot, beurteilte es aber als wenig ergiebig für das Archiv. Angeregt durch Onkens Suche habe ich dann selber im Internet gesucht und bin über den Titel von Gropes Buch auf eine Dissertation zum Bodenrecht gestoßen:

Verfügungsrechte und Raumnutzung

Grundrente und externe Effekte als ökonomische Konzepte
und Erklärungsmodelle der Raumentwicklung

Dissertationsschrift

Vorgelegt von Dirk Bracke

Fakultät Raumplanung „Universität Dortmund

Gutachter:

Prof. Dr. Benjamin Davy / Prof. em. Dr. Hartmut Dieterich

Juni 2004

⁴ Ich vermute nur eine Tendenz, nicht die generelle Regel. Ich selber habe gegen die Überzeugung der Prüfer angeschrieben. Siehe Auszug im Anhang.

Dies hat mich deshalb aufmerksam gemacht, weil mein Eindruck der ist, daß sowohl die Politik wie auch die Handlungswissenschaften (ein um die Juristen erweiterter Begriff von Sozialwissenschaften – den ich aus einem Text von Werner Maihofer, ehemals Prof. der Rechte, Minister und Abgeordneter (FDP) übernommen habe -) das Problem Bodenrecht einfach aus ihrem Denken gestrichen haben oder die Existenzgrundlage des Menschen, den Boden als parzellierte Erde, als ein gewöhnliches Wirtschaftsgut behandeln. Die Generationen davor wußten es besser. Ich komme noch gleich drauf. Ja, dann gibt es auch noch die politischen Halbblöden – die sich sehr schlaue vorkommen -, die meinen man befaße sich mit BluBo. wenn man sich mit dem Bodenrecht befaßt. BluBo ist die Abkürzung für die Blut- und Boden-Ideologie der Nationalsozialisten.

Erinnern kann ich mich auch, den Namen des Gutachters, Hartmut Dieterich in einem Sammelband zum Bodenrecht als Mitautor gesehen zu haben. Ich kann leider den Titel nicht nennen, da ich das Buch nicht finde. Ich erinnere mich aber, daß am Anfang dieser Arbeit ein Gedicht von Heinrich Heine steht.

Obwohl Bodenrechte fast jeden Tag in jeder Zeitung in irgendeiner Form vorkommt, also offensichtlich gesellschaftlich relevant ist, kann man heute wohl Jura, Wirtschaftswissenschaft, Politikwissenschaft und Soziologie studieren, ohne auch nur eine Ahnung vermittelt zu bekommen, daß es hier um Entscheidungen für Krieg oder Frieden geht. Im Filmgenre des Western geht es eigentlich immer um die klassischen Bodenrechtsprobleme: Landnahme durch Vertreibung der Alteingesessenen, Weide-, Wege-, Jagd-, Wasser- und Schürfrechte. Heute haben sich die Probleme ausgeweitet auf die Nutzung der Meere (Transport, Fischfang, Abfalldeponie, Rohstoffgewinnung), des Luft- und Weltraumes (Überflugrechte, Umlaufbahnnutzung, Immissionen), und auch um die Frage, wem eigentlich die fossilen Energieträger gehören. Dazu kommen die sich verschärfenden ökonomischen Verteilungsprobleme aufgrund der Bodenrente und die landschaftsplanerischen und städtebaulichen Aspekte. Auch ist es gar nicht einfach, eine Antwort zu finden auf die Frage, ob es denn gerecht ist, daß 90% der Kosten einer Durchgangsstraße von den Anliegern be-

zahlt werden müssen. Dann die Frage: Wem stehen die Wertzuwächse zu und wer zahlt die Wertverluste durch hoheitliche Planungsakte?

Als ich vor Weihnachten im Internet auf der Suche nach dem Buch von Gert Grope, *Die zweitbeste Wirtschaft*, war, entdeckte ich auch einen Klassiker zum Bodenrecht. Ich habe mir dann folgende Notiz gemacht, die ich hier einfüge:

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Das Problemfeld Nr. 1

Neulich entdeckte ich im antiquarischen Internetangebot das Buch „Die Bodenreform“ von Adolf Damaschke. Die Bücher-Berg (www.martinaberg.com) hat mir das Buch auch prompt geschickt. In der vorweihnachtlichen Zeit hatte ich daran gedacht, daß das ein gutes Weihnachtsgeschenk für jenen meiner Söhne ist, der als Abc-Schütze nach Hause kam und seine Mutter fragte: „Wo ist unser Land?“ Seine Mitschüler in dem damals noch vorwiegend landwirtschaftlich orientiertem Dorf leiteten ihre eigene Bedeutung von der Hofgröße ihrer Väter ab. Da hat ein *Landloser* allen demokratischen Gleichheitsbeschwörungsformeln zum Trotz natürlich nicht viel zu melden. Das Buch von Damaschke, das ins Haus kam, gehört zur 4. Auflage von 1907. Ich schlage es willkürlich auf und lese:

Das eine soll bleiben: Jede ernste Beschäftigung mit der Gesetzgebung des Moses, in dem drei Weltreligionen: das Christentum, das Judentum und der Islam den Dol-

– 186 –

metscher des Ewigen sehen, führt zu der Erkenntnis, daß in ihr der Bodenwucher nicht milder aufgefaßt wird als Mord und Raub und Gotteslästerung. Dieselben Verheißungen und dieselben Strafen gelten hier und dort.

Wahrlich, die Bodenreformer haben ein Recht, sich als die Vertreter der höchsten Sittengesetze anzusehen, wenn sie nach Reformen ringen, die es ermöglichen sollen, „daß unser Volk genug zu essen habe und in dem Lande, daß der Herr ihm gegeben, sicher wohne“, wenn sie in unserer Zeit ihre Pflicht erfüllen im Kampfe um die deutsche Bodenreform!

Zur eigenen Benutzung habe ich für mich ein Exemplar von der 20. Auflage von 1925 im Regal. In dieser Ausgabe ist zu lesen, was der damalige Oberbürgermeister von Köln, Präsident des Preußischen Staatsrates und späteren Bundeskanzler Dr. Adenauer zum Bodenrecht sagt:

Wir sind die erste deutsche Generation, die Großstadtleben wirklich durchlebt hat. Das Ergebnis kennen Sie alle. Wir leiden nach meiner tiefsten Überzeugung in der Hauptsache in unserer Volke an der falschen Bodenpolitik der vergangenen Jahrzehnte.

Ich betrachte diese falsche Bodenpolitik, wobei ich das Wort Bodenpolitik im weitesten Umfange des Wortes nehme, als die Hauptquelle aller physischen und psychischen Entartungserscheinungen, unter denen wir leiden.

...

Die bodenreformerischen Fragen sind nach meiner Überzeugung Fragen der höchsten Sittlichkeit. Es nützt Ihnen alles nichts, was Sie sonst machen, im Schulwesen, mit Kultur – mit dem Wort wird ja solch furchtbarer Mißbrauch getrieben – die ganze Volkskunst, Volksbildung, alles das nutzt Ihnen nichts, wenn Sie nicht das Übel an der Wurzel fassen!

In dem Buch „Vergessener Faktor Boden“ von Martin Pfannschmidt, 2. Auflage 1990, wird Winston Churchill im Namenregister mehrfach genannt. Auf Seite 101 ist zu lesen:

Im Jahre 1909, dreißig Jahre nach dem Erscheinen von „Fortschritt und Armut“, hielt der junge **Winston Churchill** seine berühmte Rede über das Bodenmonopol (...). Zugleich bereitete das liberale Kabinett **Lloyd George** ein Bodenbewertungsgesetz vor, dessen Annahme durch den Ausbruch des Ersten Weltkriegs vereitelt wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg gedachte der gleiche **Winston Churchill** als konservativer Premierminister bei Aufhebung der development Charge (...) im Jahre 1952 bewegt seiner Bodenreformrede von 1909 und der beiden Weltkriege, ohne die jede britische Familie jetzt in einem Eigenheim wohnen könne. Sein damaliger Wohnungsbauminister **McMillan** konnte kurz darauf zu der erneuten Ablehnung der Bodenwertsteuer sagen, diese Steuer sei „the end of it“ („das Ende von weg“), da nach dem Zweiten Weltkrieg die durch sie potentiell am höchsten belasteten Landlords durch Zahlung konfiskatorischer Vermögens- und Einkommensteuern Großbritannien vor der Inflation bewahrt hatten.

Auf den Seiten 104 bis 107 ist ein Auszug einer Rede von Churchill vom Juli 1905 wiedergegeben. Die ersten Zeilen lauten:

Das Bodenmonopol ist nicht nur ein Monopol, sondern das weitaus größte aller Monopole. Es ist ein ewiges Monopol, und es ist die Mutter aller anderen Arten von Monopolen.

Er führt dann auf, daß die Bodeneigentümer durch jegliche Investition des Staates bereichert werden, ohne daß das verhindert werden könne. Aber der „Hausheilige“ der FDP, Friedrich Naumann, war auch Bodenreformer. Die SPD hat schon lange ihre bodenreformerische Wurzeln gekappt, um Macht zu erreichen. Aber wozu Macht erstreben, wenn diese verhindert das

zu verändern, was man mit ihr verändern wollte? Und die Kommunisten wollten das Problem mit ökonomischem Unverstand, mit Vertreibung und Mord lösen. Sie haben zusätzlich eine rationale Erörterung der Bodenrechtsprobleme erschwert. Und diese Bodenrechtsprobleme sind ein Thema der Vergangenheit, sie bestanden auch schon als die ersten Bücher der Bibel geschrieben wurden, sind aber nichts Vergangenes, auf biblischen Boden toben sie sich in besonders häßlicher Form aus, weil die Israelis hier die Volk-ohne-Raum-Politik der Mörder ihrer Volksgenossen kopieren. Und unsere Hochschulen sind Mitverurscher, wenn aufgrund fehlender Bodenrechte, die im Einklang mit den Menschenrechten stehen, sich die Menschen – heute noch fern, morgen nah – gegenseitig umbringen.

Um die Bedeutung des Problems nochmals herauszustreichen, habe ich gedacht, daß jeder Professor der Handlungswissenschaften automatisch seinen Professorentitel und die damit verbundenen Rechte verlieren müßte, wenn er nicht wenigstens einen Vortrag oder eine Vorlesung im Jahr über das Bodenrecht hält (auch um in seinem eigenen Forschen, dieses Problem nicht ganz aus dem Blickfeld zu verlieren). Dazu wäre allerdings wieder ein Gesetz erforderlich und diese Überlegung kollidiert mit meiner Einsicht, daß eine Rechtsstaatlichkeit schon jetzt nicht mehr möglich ist, weil wir zu viele Gesetze haben. Es muß einen anderen Weg geben. Und diesen sehe ich darin, daß die Hochschulen autonome Kulturunternehmen werden und die Hochschullehrer ihr Brot ohne Beamtenstatus durch die Vermittlung von individuell und gesellschaftlich nützlichem Wissen verdienen müssen. Warum soll es – besonders den Wirtschaftswissenschaftlern – besser gehen als den Produzenten, Händlern, den freiberuflichen Dienstleistern und den Arbeitnehmern in der gewerblichen Wirtschaft?

oooooooooooooooooooo

Ich habe jetzt nicht vor, jede einzelne Schrift, die ich (auf verschiedenen Wegen) eingescannt habe, zu kommentieren. Hier nur soviel: Die Ausführung meiner Idee hätte besser sein können. Den Standard setzte meine begrenzten Fähigkeiten und die mir zur Verfügung stehende Technik. Die Schriften habe ich nicht danach ausgewählt, ob sie politisch oder sachlich korrekt sind. Ich gehe von den urteilsfähigen Lesern aus. Es ist mir auch nicht gelungen, ein System in die Auswahl zu bringen. Ich habe mich bemüht, die Schweizer, Österreicher und Deutschen gleichermaßen zu berücksichtigen. Dann war mit wichtig, Schriften vom vor dem Zweiten Weltkrieg solchen aus der Nachkriegszeit folgen zu lassen. Einen Block bilden die

Schriften zum Bodenrecht, wobei ich dort eine Schrift von der SPD aufgenommen habe, weil sie ganz gut zeigt, was diese Partei inzwischen vergessen hat. Die Zeitschrift Telos und der Neue Bund, die wohl zusammen mit dem Tod von Will Noebe aufgehört haben zu existieren, kann man auch als einen Block auffassen. Mir war auch wichtig, daß etwas Biographisches zum Vorschein kommt, denn es geht bei der Freiwirtschaft nicht nur um die Theorie, sondern auch um Menschen, die für sie gelitten und gestritten haben. Leider kann man ja die Menschen nicht sichtbar machen, die für die Freiwirtschaft gewirkt, aber keine Zeugnisse in Form von Büchern oder Schriften hinterlassen haben. Die Schrift „Warum und wie zur Freiwirtschaft“ von Max Sternberg habe ich gleich zweimal eingescannt. Einmal das Original in einer Frakturschrift, bei der ich annehme, daß manche jüngeren Leser damit ihre Schwierigkeiten haben und einmal in Auszügen aus der ehemaligen Zeitschrift Der Dritte Weg, die heute Humanwirtschaft heißt.

Über Dr. Max Sternberg und andere Juden in Emden forscht Gesine Janssen. E-Mail: Gesine.Janssen@ewetel.net . In einer Notiz von ihr heißt es:

Zum Leben und Wirken des Arztes gibt es gutes (umfangreiches) Material, an dem sein Lebenswerk gewürdigt werden kann. Er war ein Arzt, der sich aufgrund seiner Berufung für alle Patienten einsetzte, der im kommunalpolitischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben der Stadt Emden eine wichtige Rolle spielte und der seine Schaffenskraft ebenso in den Dienst der Israelitischen Gemeinde stellte.

Dann ist da die Frage des Kopierrechtes. Diese Frage stellt sich ja auch, wenn die Schriften nicht mehr im Markt sind. (Für ein paar Schriften mögen noch Restbestände da sein.) Ich wäre vermutlich ein Jahr und länger damit beschäftigt gewesen, mir von den wenigen lebenden und von Erben der toten Autoren die Zustimmung dieser Art Veröffentlichung einzuholen. Am Ende wäre die Zustimmungsreihe doch lückenhaft gewesen. Ich habe mich also gefragt, was ist das Interesse der Autoren? Natürlich, daß ihre Hinterlassenschaft gelesen wird. Und die Beiträge, die ich zu dem Thema „Veröffentlichung im Internet“ gelesen habe, gingen davon aus, daß die digitale Veröffentlichung von Schriften und Büchern eine Werbung für diese Werke in gedruckter Form ist. Das gedruckte Original hat denn doch einen höheren emotionalen (und manchmal auch praktischen) Nutzen als die digitale Datei. Und dann fiel mir zur Mentalität der Deutschen wieder ein, daß sie den Zug der Revolution verpaßt hätten, weil ihnen die Karte für den Zutritt zum Bahnsteig gefehlt hätte. Korrektheit kann auch dazu führen, daß das Wesentliche verpaßt wird. Also, wenn es Komplikationen gibt, muß ich Dateien mit dem einen oder anderen Heft wieder löschen.

oooooooooooooooo

Ich will jetzt noch auf die Frage eingehen, warum das „Völkchen“, das bisher zur Freiwirtschaft gefunden hat, weltanschaulich und politisch gesehen, so bunt ist. Ich denke die Antwort ist einfacher als vermutet wird, obwohl den meisten Freunden der NWO gar nicht immer klar ist, daß sie mit ihrem Engagement für die NWO sich für ein ökonomisches Ordnungsmodell entschieden haben. Und diese Entscheidung ist eine für das verkehrswirtschaftliche Modell - für die Marktwirtschaft -, die bewußt oder unbewußt aus einem politischen oder geistigen Selbsterhaltungstrieb heraus getroffen wurde. Die Buntheit der Freiwirtschaft hat auch damit zu tun, daß die Menschen, wenn sie die Freiwirtschaft als Thema für sich entdecken, vorgeprägt sind und wenn sie dann so weit sind, über die Freiwirtschaft sprechen zu können, auch dieses entsprechend ihrer Vorprägung tun. Und so gibt es z.B. christliche, anthroposophische und anarchistische Varianten der Freiwirtschaft. Wer – allgemein – für eine Idee wirbt, sollte sich schon überlegen, in welcher Form er die Umworbenen anspricht. Neulich gestand mir aber ein Freund, er habe in einer vergleichenden Arbeit über Silvio Gesell und Wilhelm Reich reichlich Gemeinsamkeiten festgestellt. Da es uns schon Mühe macht, für Gesell eine Anerkennung (seiner Nützlichkeit für unsere Gesellschaft) zu erreichen, hätte er seine Arbeit nicht veröffentlicht, denn Wilhelm Reichs gedanklicher Hinterlassenschaft würde ja noch mehr Nichtbeachtung und Widerstand erfahren. Ich halte das für falsch. Die öffentliche Meinung kann man immer nur für befristete Zeiten mit frisierten Gedanken ⁵ füttern, aber nicht auf Dauer lenken. Schon wer übertrieben Angst hat, Falsches zu denken, gefährdet die (sichtbare) Gedankenfreiheit und übersieht, daß der Gedankenfehler von heute der Baustein für den richtigen Gedanken von morgen ist oder sein kann. Auch bei der starken Interdependenz (der gegenseitigen Abhängigkeit) der gesellschaftlichen Teilordnungen von Ökonomie und Politik (die in der Vergangenheit von manchen freiwirtschaftlichen Aktivisten zu wenig beachtet wurde) halte ich die Angst, Extremisten könnten sich der Freiwirtschaft bemächtigen für übertrieben. Wer etwas an der Freiwirtschaft gut findet, zeigt Interesse für ein Ausgleichssystem und ist auf dem Weg zur Freiheit. Die Angst davor, daß die NPD sich für die Freiwirtschaft interessiert, rührt auch wohl daher, weil ein solches Interesse Munition für die Heckenschützen von der Antia wäre. Aber sollen wir von politischen Heckenschützen bestimmen lassen, was wir falsch und richtig halten?

Die Buntheit der Freiwirtschaft drückt sich auf parteipolitischer Ebene so aus, daß sich wohl in allen relevanten Parteien Mitglieder finden, die ihre geistig-politische Verankerung in der

⁵ Gedankliche Umkehrung von Unfrisierte Gedanken von Stanislaw Jerzy Lec

Freiwirtschaft haben. Wenn dies von außen nicht bemerkt wird, liegt es an den noch zu geringen Zahlen. In der Geburtsstunde unserer Republik ist ja auch eine freiwirtschaftliche Partei entstanden. Sie nannte sich Radikal Sozialistische Freiheitspartei, wurde umbenannt in Freisoziale Union und heißt heute Humanwirtschaftspartei. Abgesehen davon, daß ich die Parteidemokratie insgesamt für überholt halte und die schrumpfende Wahlbeteiligung meinen Eindruck stärkt, gebe ich der HWP bei dem jetzigen Wahlrecht, der gegebenen Parteifinanzierung und dem zu geringen Vorverständnis in der Wählerschaft nur minimale Chancen der öffentlichen Wirksamkeit.

Bei aller Buntheit der Freiwirtschaftsbewegung⁶ darf nicht in Vergessenheit geraten, daß die politische Signalfarbe der Freiwirtschaft das Grün war und ist. Dieses Grün ist von Freunden der NWO in die grüne Bewegung getragen worden. Auf der Suche nach einer Bestätigung des Sachverhaltes in der Dissertation von Anna Hallensleben, die 1984 unter dem Titel „Von der Grünen Liste zur Grünen Partei?“ erschienen ist, ist mir wieder bewußt geworden, wie schwierig es war aufgrund der Sprachverwirrung um die Begriffe „Marktwirtschaft, Kapitalismus, Sozialismus, Dritter Weg“ und aufgrund der im Publikum nur nebulös vorhandenen Vorstellungen von den Formen der Wirtschaftsordnungen es war, das zu vermitteln, was Freiwirtschaft meint. Selbst die Verfasserin der Dissertation hat es jedenfalls damals nicht begriffen. An einer Stelle (S. 147) wird deutlich, daß der Begriff der Wortkombination Soziale Marktwirtschaft auch unklar war (und ist). Sie, die Doktorandin, schreibt, daß bei einer Zustimmung für den Dritten Weg in einer Parteiversammlung, wohl von den Beteiligten an eine konsequentere Soziale Marktwirtschaft gedacht wurde. Aber weder dem beschriebenen Parteimitgliedern noch der Autorin dürfte bewußt gewesen sein, daß die Soziale Marktwirtschaft am Beginn unserer Republik ein gemeinsames Konzept von Ordoliberalen und von Freiwirtschaft gewesen ist, daß aber nur in den Anfängen realisiert und dann kapitalistisch, restaurativ verfälscht wurde. Gemessen an diesem Anfangskonzept der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft war der Begriff *Dritter Weg* fast ein Synonym für die Soziale Marktwirtschaft und nur für die spätere, reale, verfälschte Marktwirtschaft ein Gegenbegriff. Die Stelle, wo Hallensleben auf die Freiwirtschaft als Spender der Signalfarbe grün für die neue Partei hinweist, habe ich auf die schnelle nicht gefunden. Aber Hans Schumann, der sich schon in der Weimarer Republik vergeblich abgemüht hat, sprach verbittert von den Neo-Grünen, wenn er die damals neu aufkommende Partei meinte.

6 In den 60er Jahren war die F-Bewegung mehr eine Schrumpfung oder gar eine Erstarrung mangels Masse.

Die Buntheit ist auf dem Hintergrund kurzer Zeiträumen ein Nachteil, weil sich in Bezug auf die Durchsetzung der Idee kein brauchbarer Speer mit Schaft und Spitze daraus formen läßt. Längerfristig ist es aber die Stärke der Gestaltungsidee NWO, weil sie die Menschen mit ihren unterschiedlichen Vorstellungen nicht vergewaltigt. Wer sich den Regeln des chancengleichen Wettbewerbs unterwirft, kann so weit expandieren, wie er von den Umworbene angenommen wird. Keine Zensur und kein Verbot stehen dem Erfolg im Weg. Das ist so, weil die NWO zu den dezentralen Ordnungssystemen gehört. Seit Menschen Gruppen und Verbände bilden, sind sie gezwungen zu kooperieren und ihre Aktivitäten zu koordinieren. Und es gibt schon immer nur die Möglichkeit, diese Tätigkeiten dezentral oder zentral (oder in einer Mischform) zu organisieren. Aber daraus ableitend wissen wir erst seit dem Wirken von Walter Eucken bewußter, daß es nur zwei reine Wirtschaftsordnungsformen gibt. Da ist auf der einen Seite die Zentral- oder Kommandowirtschaft und auf der anderen Seite die Markt- oder Verkehrswirtschaft. Nach meiner Einsicht können wir davon ausgehen, daß eine Gesellschaft so lange stabil ist, wie sie sich auf eine Ordnungsform hin bewegt. Wenn man sich etwas mit diesen Ordnungsformen befaßt hat, läßt sich leicht erkennen, daß mit der Näherung zur reinen Form der Zentralverwaltungswirtschaft immer mehr Unterdrückung und Zwangsverzicht verbunden ist und mit der Näherung zur Verkehrswirtschaft mehr Handlungs-, Gestaltungs- und Konsumfreiheit verbunden ist. Der Verzicht oder der Genuß im marktwirtschaftlichen System wird nicht extern von einer Bürokratie bestimmt, sondern personenintern von a) konkurrierenden Bedürfnissen und b) der Fähigkeit und dem Willen Gegenleistungen zu erbringen. Es gibt nun wesentliche Unterschiede in dem Steuerungssystem der Verkehrswirtschaft und dem Lenkungssystem der Zentralverwaltungswirtschaft. Ich will hier das Element *Verteilung* noch vertiefen. Da es in der Ökonomie immer um knappe Güter geht, spielt die Frage der Verteilung eine große Rolle. Im Zentralverwaltungssystem haben wir es also mit externen, bürokratischen Zuteilern zu tun, das ist auch so im demokratischen Zentralismus. Damit diese Zuteilung nicht eine ständig steigende Unzufriedenheit verursacht, ist es für das System wichtig, daß die Menschen möglichst identische Normen und Vorstellungen für alle Lebensbereiche entwickeln. Die Vielfalt in der gesellschaftlichen Einheit ist einfach ein Störfaktor. Die daraus folgende notwendige Unterdrückung individueller Neigungen und Bedürfnisse ist nicht einmal ein Ausdruck eines bösen Willens, sondern vom System diktiert. In der Verkehrswirtschaft übernimmt der Wettbewerb die Zuteilung der knappen Güter. Daher ist es so wichtig, daß dieser Wettbewerb chancengleich gestaltet und frei von Störungen gehalten wird. In der Realität der Vergangenheit und Gegenwart stellen wir aber fest, daß diese Bedingungen eben

nicht eingehalten wurden bzw. werden. Die Menschen hatten und haben das Gefühl, daß hier falsch gespielt wird. Manche meinen, das gesamte System sei ein Falschspiel, die anderen meinen, es seien nur falsche Elemente in das System eingebaut worden. Und so wie es Theoretiker gibt, die meinen, daß die Zwänge der Zentralverwaltungswirtschaft sich aufheben würden, wenn das Ufer der Freiheit erreicht würde und nicht sehen können, daß damit auch das Ende des Systems erreicht wäre, so gibt es auch Theoretiker, die meinen, die Störungen im marktwirtschaftlichen System seien naturgegeben und die Gesamtleistung des Systems, würden die negativen Abweichungen oder Fehlleistungen in den Einzelwirtschaften mehr als kompensieren. Es wird bis heute geleugnet, daß die destruktiven Abweichungen vom Ideal der Marktwirtschaft externer Natur sind. Und diese Störungen von außen haben einen Namen. Es ist der Kapitalismus. In der reinen Ökonomie geht es um Leistungsaustausch, um die Entlohnung von Arbeit und arbeiten kann nur der Mensch. In der vom Kapitalismus überlagerten Ökonomie geht es um die – in der Verkehrswirtschaft und Kommandowirtschaft unterschiedlich geltend gemachten – Ansprüche aus Nichtarbeit, also um Ausbeutung der Arbeit der Arbeitnehmer und Arbeitgeber (und jener, die vom Gesparten oder Übertragenen leben).

Silvio Gesell verspricht nun mit seiner Natürlichen Wirtschaftsordnung gar keinen dritten Ordnungstyp der Wirtschaft, sondern die Befreiung von den Störfaktoren der Marktwirtschaft. (Der viel beschworene dritte Weg bezieht sich also nur auf die Befreiung von der Alternative zwischen Privat- und Staatskapitalismus und will nur eine möglichst reine Form der Marktwirtschaft – jedenfalls in der Version der Natürlichen Wirtschaftsordnung.)

Gesell schreibt in *Die Natürliche Wirtschaftsordnung* im Vorwort zur dritten Auflage (aus der 7. Auflage von 1949, S. 12 f.)

Großes Hoffen gibt große Ruh !

Die Wirtschaftsordnung, von der hier die Rede ist, kann nur insofern eine natürliche genannt werden, als sie der Natur des Menschen angepaßt ist. Es handelt sich also nicht um eine Ordnung, die sich etwa von selbst, als Naturprodukt einstellt. Eine solche Ordnung gibt es überhaupt nicht, denn immer ist die Ordnung, die wir uns geben, eine Tat, und zwar eine bewußte und gewollte Tat.

...

Die Wirtschaftsordnung, von der hier die Rede ist, erhebt aber noch in anderer Hinsicht Anspruch auf ihre Bezeichnung „die natürliche“.

Damit der Mensch gedeihe, muß es ihm möglich gemacht sein. sich in allen Lagen

so zu geben, wie er ist. Der Mensch soll sein, nicht scheinen. Er muß immer erhobenen Hauptes durchs Leben gehen können und stets die lautere Wahrheit sagen dürfen, ohne daß ihm daraus Ungemach und Schaden erwachse. Die Wahrhaftigkeit soll kein Vorrecht der Helden bleiben. Die Wirtschaftsordnung muß derart gestaltet sein, daß der wahrhaftige Mensch auch wirtschaftlich vor allen am besten gedeihen kann.

Die Abhängigkeiten, die das Gesellschaftsleben mit sich bringt, sollen nur die Sachen, nicht die Menschen betreffen. ...

Die Juden, die Moslem, die Christen und Andersgläubige brauchen in dem Werben für die NWO und in der realisierten Freiwirtschaft ihre religiös überlieferten sozialemischen Normen nicht verdrängen und sie brauchen auch nicht zu befürchten, daß ihr Glaube bekämpft wird, weil er in den Verdacht kommen könnte, daß er ein ökonomischer Störfaktor ist.

Der Anarchist braucht weder nur von der Acratie zu träumen, noch zu Theorien oder gar zur (häufig unterstellten) Gewalt Zuflucht zu nehmen, die die ersehnte Freiheit aufhebt.

Der Sozialist kann die Ausbeutung tatsächlich aufheben und dabei im Reich der Freiheit und nicht im Gulag landen.

Der Liberale kann den Kapitalismus bekämpfen, ohne die Marktwirtschaft zu verraten.

Die Arbeitnehmer können nicht nur Sicherheit durch stabile Vollbeschäftigung erreichen, sondern auch Herren ihrer eigenen Sozialökonomie (oder als Mitunternehmer ihrer Werkstätten) werden.

Die Unternehmer können hoffen, daß ihnen die Wirtschaftspolitik nicht länger ihre privatwirtschaftlichen Pläne durcheinander wirft und sie nicht länger zwischen den Subventionshimmel und der Konkurshölle pendeln läßt.

Alle „Kulturschaffenden“ können erwarten, daß ihnen die NWO nicht nur Freiheit sondern auch materielle Basis ihrer Kunst und das Brot beschert.

Da die Vielfalt allen individuellen und gesellschaftlichen Erscheinungsformen Bestandteil der Natürlichen Wirtschaftsordnung und damit der Marktwirtschaft ist, gibt es auch für niemanden einen Grund, diese Bestrebungen nicht zu unterstützen, es sei denn, man hat einen Vorteil

von den Unsicherheiten und Ungerechtigkeiten der jetzigen Unordnung und schätzt das Risiko, dadurch in sozialen Aufständen erschlagen zu werden, als gering ein.

Sobald allgemein klar ist, daß der Kapitalismus eine Sabotage der Marktwirtschaft darstellt, und daß die Zentralverwaltungswirtschaft als Alternative zur Marktwirtschaft eine tödliche ist, kann auf die Bezeichnung *Natürliche Wirtschaftsordnung* verzichtet werden.

Wenn es Silvio Gesell nicht gegeben hätte und es sein Werk nicht gäbe, stünden wir vor den gleichen ökonomischen Problemen, die wir haben. Wir müßten uns erst für ein System entscheiden. Ich bin überzeugt, wenn eine sachliche Entscheidung herbeigeführt würde, würde sie zu Gunsten der Marktwirtschaft ausfallen. Ist diese Entscheidung dann gefallen, gilt es herauszufinden, welche Hindernisse und Störfaktoren bestehen und wodurch sie verursacht werden. Wir müßten dort anfangen, wo Gesell und andere auch angefangen haben zu beobachten und zu schlußfolgern. Wir sind aber in der glücklichen Lage, daß uns ein Mensch Namens Silvio Gesell (und natürlich auch andere Vor-uns-Denker) eine Menge Arbeit abgenommen hat. Wir müssen nur prüfen, ob die Ergebnisse seines Denkens richtig sind. Wenn sie richtig sind, müssen wir diese Erkenntnisse aus Liebe zum Mitmenschen und zur Natur umsetzen. Hat Gesell falsch gedacht, müssen wir die Suche nach Lösungen erneut beginnen. Aber nur irgendwelche Vorurteile über Gesell und sein Werk zu tradieren ist keine Überprüfung, sondern die Förderung von Extremismus, Terror und Krieg.

Noch ein Wort zu unseren „speziellen“ Freunden, den Antifaschisten. Es gibt bestimmt ernsthafte Antifaschisten, die in ihrer Argumentation auf Verdrehungen, Unterstellungen und Ehrabschneiderei verzichten. Mir fehlen leider Kontakte zu solchen „guten“ Antifaschisten, wie auch solche zu den „bösen“ Rechtsradikalen. Eingepägt hat sich mir der Satz: „Man braucht doch nichts über die Freiwirtschaft gelesen zu haben, es genüge doch, wenn man wüßte, daß sie faschistisch sei.“ (Was ja einschließt, daß alle Menschen, die für eine marktwirtschaftliche Ordnung votieren, Faschisten sind.) Die Stellungnahmen von Antifaschisten zur Freiwirtschaft, die ich zur Kenntnis genommen habe, empfand ich jedes Mal als lügenhaft. Es ist nun kein Vergnügen, in dieser Art von politischen Aktivisten bedacht zu werden. Aber nützlich für unser Anliegen halte ich solche Attacken trotzdem. Denn die Antifaschisten stoßen mit ihrer Lügenpropaganda ja nicht nur auf glaubenshungrige Dummköpfe, sondern auch auf kritische Zuhörer und Leser und diese werden das Bedürfnis haben, sich selber an Hand von Originalli-

teratur ein Urteil zu bilden. Und das ist für uns die Chance von Neuzugängen. Die Freiwirtschaft hat ja nichts zu verbergen, auch nicht, daß es Freiwirtschaftsbegeisterte gab, die glauben, unsere Ideen mit den Nationalsozialisten durchsetzen zu können. Ich kenne keine Analyse der Antifaschisten und ihren Vorstellungen. Nach meiner Einschätzung haben wir es hier aber nicht nur mit einer Antihaltung gegenüber den Nationalsozialismus zu tun, sondern mit einer versteckten Prohaltung gegenüber dem Marxismus. Da der Marxismus auf dem politischen Markt zur Zeit aber nicht absatzfähig ist, muß man Platzhalter einsetzen, damit die Bekämpfung des Kapitalismus nicht der promarktwirtschaftlichen Freiwirtschaft allein überlassen wird. Die Verleumdung der Freiwirtschaft hat dabei die Platzhalterfunktion. Da Rechtsradikalismus und Faschismus als das absolut Böse gelten, fällt es den „guten“ Demokraten in den Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Medien gar nicht auf, daß der Antifaschismus nur einen roten Faschismus zu bieten hat. Und dies ist schade, denn wenn verkappten Marxisten die Aufhebung der Ausbeutung und nicht den (Irr-)Weg dorthin im Mittelpunkt ihres Interesses stellen würden, dann könnten wir doch gemeinsam an der Lösung gesellschaftlicher Probleme arbeiten. Was ich gerne wissen möchte, ist, ob die Antifaschisten nur aus eigenen Wahnvorstellungen heraus agieren oder ob sie die nützlichen Idioten (Lenin) für Hintermänner sind. Am Schlimmsten finde ich aber die Mitglieder des politischen Mittelfeldes, die gerne Faschismusvorwürfe passieren und kursieren lassen, um Konkurrenz und neue Ideen abzublocken, damit nicht auffällt, daß sie selber nichts mehr zu sagen haben. TA

Anhang 1

übernommen von www.faz.net . Anwendungsbeispiel alter freiwirtschaftlicher Aussagen auf heute vorkommende ökonomische Vorkommnisse. Siehe Gesell in Text 56.42.2.

Geldpolitik

Japan vor dem Ende des geldpolitischen Ausnahmezustands

13. Juli 2006 Japan steht vor der geldpolitischen Wende. Nach Jahren mit Notstandszinsen von null Prozent zur Bekämpfung der Deflation könnte das oberste Gremium der Bank von Japan an diesem Freitag zum ersten Mal seit August 2000 die Leitzinsen anheben. Damit würde die Bank den monetären Ausnahmezustand beenden und die Geldpolitik zurück in normale Bahnen lenken.

Die zweitgrößte Volkswirtschaft in der Welt hat nach Ansicht vieler Beobachter die Deflation und eine schwere Bankenkrise überwunden. Mit der Einleitung tiefgreifender Strukturreformen hatte die Regierung von Ministerpräsident Junichiro Koizumi die Wirtschaft auf einen stabilen Wachstumspfad zurückgeführt.

Preisverfall ist gestoppt

Im vergangenen Jahr wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) real um 2,6 Prozent. Für 2006 rechnet die Notenbank mit etwa 3 Prozent. Seit November vergangenen Jahres steigt der landesweite Verbraucherpreisindex; zuvor hatte schon die Veränderungsrate der Großhandelspreise positives Territorium erreicht. Damit war der allgemeine Preisverfall mit seinen negativen Folgen für die Gewinne der Unternehmen gestoppt.

Zum Thema

- Nervosität wegen Ende der Nullzinspolitik in Japan
- Die Bank von Japan plant das Ende der Nullzinspolitik
- „Die japanische Wirtschaft kann sich höhere Zinsen leisten“
- Tankan-Bericht heizt Zinsspekulationen in Japan an

Die Arbeitslosenrate liegt derzeit mit 4 Prozent so niedrig wie zuletzt vor acht Jahren. Der Firmensektor verbuchte 2005 Rekordgewinne von umgerechnet 300 Milliarden Euro. Im jüngsten Tankan-Konjunkturbericht stellten die Unternehmen hohe Steigerungen ihrer Anlageinvestitionen in Aussicht.

Auf dem Weg zur konventionellen Geldpolitik

Japans Wirtschaft sei nach dem Platzen der Spekulationsblase 1990 in eine außerordentliche Notlage geraten, die außerordentliche monetäre Maßnahmen erforderten, erklärte jetzt Kaoru Yosano, der Staatsminister für Wirtschaftspolitik. Nun habe sich die Lage normalisiert. Die Zentralbank könne wieder eine konventionelle Geldpolitik verfolgen.

Die Bank von Japan auf dem Weg zurück in normale Bahnen

Schon im März hatte Notenbankgouverneur Toshihiko Fukui erklärt, daß die Bank ihren Kurs ändern wird. In einem ersten Schritt verabschiedete sie sich von ihrer Politik der quantitativen Lockerung, schloß die weit geöffneten Liquiditätsschleusen und fuhr die Summe der täglich fälligen Einlagen der Geschäftsbanken bei ihr von 35 auf 10 Billionen Yen, umgerechnet von 250 auf 65 Milliarden Euro, zurück.

In einem zweiten Schritt könnte die Bank nun mit einer Zinserhöhung zur regulären Geldpolitik zurückkehren. Die Analysten des Bankhauses Mitsubishi erwarten, daß die Bank den Tagesgeldsatz von faktisch null auf 0,25 Prozent und den Diskontsatz von 0,1 auf 0,4 Prozent anheben wird. Weil der reale, um die Inflationsrate bereinigte Zinssatz auch dann noch auf einem historischen Tiefstand liege, werde eine Zinserhöhung den Aufschwung nicht abwürgen.

Die extrem lockere Geldpolitik der vergangenen Jahre lasse sich nicht endlos fortsetzen, heißt es bei der Investmentbank Merrill Lynch. Die Zentralbank müsse mit dem Ende der Deflation auf die monetäre Bremse treten. Andernfalls drohe Japan von der Deflation in die Inflation zu rutschen.

Politiker fürchten voreilige Schritte

Vertreter der Regierung sprachen sich gegen eine Zinserhöhung zum jetzigen Zeitpunkt aus. Finanzminister Sadakazu Tanigaki sieht die Gefahr der Deflation nicht überwunden und sagte: "Die Fortsetzung der Nullzinspolitik ist wünschenswert." Heizo Takenaka, Minister für Interne Angelegenheiten, sagte, nach der Reform des privaten Bankensektors funktioniere das Finanzsystem zwar wieder.

Das verringerte Wachstum richtungweisender Geldmengenaggregate in den vergangenen Monaten sei aber kein gutes Zeichen für eine Wirtschaft, die jahrelang gegen die Deflation kämpfte. Jeder voreilige Zinsschritt der Zentralbank könne schlimme Folgen haben, sagte Takenaka. Diese Erfahrung haben Tokios Zentralbanker schon gemacht.

Im August 2000 hatten sie die Deflation für überwunden gehalten, ihre Nullzinspolitik beendet und den Tagesgeldsatz auf 0,25 Prozent angehoben. Der Schritt war klein, aber er verpaßte der gerade angesprungenen Konjunktur einen großen Dämpfer. Die Notenbank kehrte im März 2001 zur Nullzinspolitik zurück und flankierte diese mit der sogenannten quantitativen Lockerung. Die Zentralbanker ließen den Zins als operatives Ziel der Geldpolitik fallen und verfolgten fortan ein Liquiditätsziel.

Diesen Weg hatte auch die amerikanische Notenbank in den dreißiger Jahren zur Überwindung der Depression beschritten. Die Bank von Japan flutete den Markt mit Geld, versechsfachte den Finanzrahmen der Geschäftsbanken auf 35 Billionen Yen

(250 Milliarden Euro), verdreifachte ihre monatlichen Ankäufe von Staatsanleihen auf 9 Milliarden Euro und erwarb für umgerechnet 15 Milliarden Euro Aktien aus dem Beteiligungsbesitz angeschlagener Banken. So stellte sie sicher, daß den strauchelnden Instituten während ihrer Sanierung nicht das Geld ausging und die Deflation unter Kontrolle blieb. Das hatte Erfolg. Bankenkrise, Deflation und Wachstumsschwäche hält die BoJ mittlerweile für überwunden.

Künftig zwei Orientierungspunkte

Nun soll der Zins wieder zum zentralen Steuerinstrument werden. Die Bank von Japan hat zudem angekündigt, daß sie in ihrer künftigen Geldpolitik zwei Punkte berücksichtigen will: zum einen die kurzfristig zu erwartende Konjunktur- und Inflationsentwicklung. Zwar verfolgt Tokio kein offizielles Inflationsziel, doch streben die Zentralbanker eine Preissteigerungsrate zwischen null und zwei Prozent an. Zum anderen will die Bank ihr Augenmerk verstärkt auf Preisschwankungen von Vermögenswerten lenken, die das Wachstum gefährden können. Diese Neuausrichtung der Geldpolitik weist deutliche Parallelen zur Zwei-Säulen-Strategie der Europäischen Zentralbank auf.

Der Weg in die Deflation und wieder heraus

Die japanische Wirtschaftsmisere der vergangenen 16 Jahre gründet in den späten achtziger Jahren. Auf amerikanischen Druck wertete Japan damals den Yen auf und lockerte zugleich die Geldpolitik drastisch, um die Binnenwirtschaft zu stärken. Das rapide Wachstum der Geldmenge führte zu einer Spekulationsblase am Aktien- und Immobilienmarkt. Die Blase platzte, als die Zentralbank von 1989 an die Zinsen erhöhte.

Die Zentralbanker behielten den restriktiven Kurs auch dann noch bei, als die bis dahin positiven Konjunkturprognosen sich zerschlugen, das Wachstum einbrach und sich erste deflationäre Tendenzen breit machten. Um die Inlandsnachfrage anzukurbeln, versuchte es die Regierung von 1992 an mit einer expansiven Finanzpolitik. Die Erfolge blieben indes bescheiden.

1998 und 1999 rutschte die Wirtschaft dann in die Deflation, die indes nur kurzzeitig mit einer Schrumpfung des realen Wirtschaftswachstums einherging. Als die Zentralbank 1999 zur expansiven Geldpolitik mit einem Tagesgeldsatz von null Prozent überging, war es zu spät, die für einen Wachstumsimpuls benötigten negativen Realzinsen zu erreichen.

2001 begann die Zentralbank den Kurs der quantitativen Lockerung; sie richtete ihre Geldpolitik von nun an direkt an der Geldbasis aus. Sie pumpte die Reserven der Geschäftsbanken auf und stärkte zumindest bis 2003 das Wachstum der Geldmenge.

Die lockere Geldpolitik flankierte die Strukturreformen von Ministerpräsident Junichiro Koizumi. Die Regierung zwang die Geschäftsbanken zur Abschreibung ihrer alten Problemkredite, begann die Reform der Sozialkassen, flexibilisierte die Kapital- und Arbeitsmärkte und entfaltete so neue Wachstumskräfte. Reale Wachstumsraten von mehr als 2 Prozent bereiteten den Boden, um die Deflation zu besiegen.

Anhang 2

Auszug aus:
**Die Problematik flexibler Wechselkurse
als Instrument des Zahlungsausgleichs**

von Tristan Abromeit
Hamburg, im September 1966

C. die eigentliche Problematik der flexiblen Wechselkurse

II. Gegebenheiten der Kommunikation in der (Wirtschafts-)Wissenschaft

a) Zweifel an der Wertfreiheit in der Wirtschaftswissenschaft

Professor Bruno Molitor äußerte in einer Vorlesung sinngemäß: In einer Arbeit, die ein ökonomisches Problem abhandelt, müssen ökonomische Argumente zur Erklärung des Problems dienen; es gehe nicht an, Anleihen in anderen Disziplinen zu tätigen. In einer wissenschaftlichen Arbeit gehe es nicht um Bekenntnisse – Bekennermut zähle an einem anderen Ort - sondern um Erkenntnisse.

Diese Bemerkungen sollten sicherlich als ein Warnschuß verstanden werden, bei der Anfertigung einer wissenschaftlichen Arbeit nicht in das Fahrwasser des Normativen zu geraten.

Wie verhält sich nun ein Verfasser, wenn er feststellt, daß ein ökonomisches Problem (daß es auch ein politisches Problem ist, soll dabei außer acht gelassen werden) normativ begründet ist? Er stellt 1. fest, das ökonomische Problem besteht nicht, es ist ein normatives Problem; wenn es als ökonomisches Problem von Ökonomen hingestellt wird, so ist die viel beschworene und sicher nützliche Wertfreiheit unter diesen Ökonomen nicht zu Hause. Es bleibt 2. nur der Ausweg, die Wertfreiheit wertfrei anzuzweifeln und eine Anleihe in einer anderen Disziplin zu machen, um zu einer vernünftigen Erklärung zu kommen.

b) Erklärungsversuche der Widersprüche in der Literatur

Röpke deutet in dem weiter oben zitierten Aufsatz an, daß sich die verschiedenen Interessenlagen in der Argumentation bemerkbar machen. Bachmann⁷ meint, daß es nicht um Intelligenz und Dummheit geht, sondern daß dem in der Verantwortung stehenden Praktiker Erfahrungen mit dem System flexibler Wechselkurse fehlen.

Sohmen schreibt: „Der entscheidende Grund dafür dürfte in vielen Fällen nicht in unterschiedlichen Werturteilen über die letzten Ziele der Wirtschaftspolitik zu suchen sein, sondern vielmehr darin, daß man versäumt, wirtschaftspolitische Empfehlungen bis zu ihren letzten Konsequenzen zu durchdenken.“⁸ Und an anderer Stelle äußert Sohmen: „... diejenigen, die heute für die Wirtschaftspolitik in den meisten Ländern verantwortlich zeichnen, geben (die) Ansichten der zur Zeit ihres Studiums führenden Nationalökonomien wieder.“⁹ Hahn bekennt, er hätte es aufgegeben, für flexible Wechselkurse zu kämpfen, man müsse „nicht nur gewisse Theorien in sein Kalkül einsetzen, sondern auch – als Datum – die Vorurteile gegen die flexiblen Wechselkurse, ...“¹⁰

Giersch bestätigt Hahn, daß die Vorurteile bestehen und schreibt wörtlich: „Ich habe selber lange Zeit Vorurteile und Abneigungen dieser Art gehabt, bis ich mich bemühen mußte, diese Zusammenhänge zu lernen; das ist nicht ganz so einfach, und dauert ziemlich lange.“¹¹

c) Wie lange werden die Wechselkurse schon diskutiert?

Diese Frage konnte nicht eingehend untersucht werden, weil dazu die Zeit fehlte. Ein paar Anhaltspunkte können aber gegeben werden. Halm macht die Anmerkung: „Der berühmte Bullion Report stellte bereits im Jahre 1810 fest: 'Steigen die Warenpreise in einem Lande infolge einer Vermehrung seiner Umlaufmittel,

7 1) Hans Bachmann: Betrachtungen zur Außenwirtschaftspolitik in: Aussenwirtschaft, 21.Jg., H.1, S. 22

8 2) Sohmen: Währungsprobleme, a.a.O., S. 7

9 3) Sohmen: Sohmen-Interviewe. In: Wirtschaftsdienst, a.a.O. S. 302

10 4) Hahn: In: Fundamentale, a.a.O. S. 75

11 5) Giersch: In: Fundamentale, a.a.O. S. 86

während im Nachbarland keine ähnliche Vermehrung der Zahlungsmittel eine ähnliche Preissteigerung hervorgerufen hat, so haben die Währungen der beiden Länder nicht länger den gleichen Wert zueinander. Der Austausch zwischen diesen beiden Ländern wird zum Nachteil des ersteren erfolgen.“¹² Schon Gesell beschreibt in seiner „Natürlichen Wirtschaftsordnung“¹³ (erste Auflage 1916) die Wirkungsweise flexibler Wechselkurse. „Wir sprechen seit ungefähr zehn Jahren über dieses Problem der flexiblen Wechselkurse, und wir sind noch nicht sehr viel weitergekommen.“ So äußerte sich der ehemalige Bundesbankpräsident Dr. Wilhelm Focke.¹⁴ Nach Carstens macht man sich seit 1954 Sorgen um die Zahlungsbilanz.¹⁵ Bleibt zu sagen: Die Mühlen der Wissenschaft mahlen langsam, hoffentlich auch gründlich.

d) Die Meinungsbildung in der Wissenschaft

Dr. Peter Stromberger äußerte sich in einer Diskussion, die sich nach einer Vorlesung ergeben hatte, er glaube feststellen zu können, daß es in der Wissenschaft auch so etwas wie eine öffentliche Meinung gäbe. Dieses sei wohl leider nicht vermeidbar. Bei der Fülle an Literatur und Fakten orientiere sich einer an dem anderen, wobei heraus käme, daß bestimmte Autoren und Lehrmeinungen Bedeutung beigemessen wird und anderen nicht. Soweit die Wiedergabe von Strombergers Äußerung.

Es wäre ja nicht störend, daß sich herrschende Lehrmeinungen herauskristallisieren, wenn diese nicht einen Wissenschaftler, der andre Wege geht, zum Außenseiter stempeln würde und ihn somit isoliert. Wesentliche Forschungsergebnisse bleiben dann lange Zeit oder immer ungenutzt. Die sinngemäße Wiedergabe einer Äußerung von einem dem Verfasser als kritischer Geist bekannter Wissenschaftler zeigt, wie die 'öffentliche Meinung in der Wissenschaft' verblenden kann: Er äußerte nach dem Bekanntwerden des Jahresgutachtens 1964/65: Für Giersch (einer der Gutachter) wird das Eintreten für flexible Wechselkurse das Ende seiner wissenschaftlichen Karriere bedeuten. In dieser Aussage braucht kein Funken Gehässigkeit zu sein.

12 1) Halm: a.a.O. S. 20, Fußnote

13 2) Silvio Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung, Lauf bei Nürnberg, 9. Aufl. 1949, S. 298 ff.

14 3) Fundamentale, a.a.O., S. 38

15 4) Carstens: a.a.O., S. 1

Wenn man von Hofstätters Gruppen-Dynamik ¹⁶ ausgeht, so war durch die Gruppenleistung vom Typ des Bestimmens – die einsetzt, wenn vorher die Gruppenleistung vom Typ des Suchens erfolglos blieb – festgelegt (normiert) worden, daß flexible Wechselkurse schädlich sind. Diese Normierung von Sachverhalten ist kein bewußter Akt. Die bestimmten Sachverhalte werden als selbstverständlich empfunden. Giersch war also in dem Moment, wo er aus der Gruppe ausbrach, ein Normbrecher. Wäre Giersch der einzige Normbrecher gewesen und geblieben, so hätte es sein können, daß die Aussage des zitierten Wissenschaftlers eingetroffen wäre. Giersch war nicht allein mit seiner Meinung, die Normierung eines Sachverhaltes wurde erschüttert, die Gruppenleistung von Typ des Suchens und Findens wurde wieder wirksam.

Die Wirtschaftswissenschaftler sind bezüglich bestimmter Sachfragen eine stark polarisierte Gruppe. Ihr Kommunikationsmedium, die Literatur, scheint die Eigenschaft zu haben, einen Teil der Kommunikués zu schlucken und somit nicht weiterzuleiten. Dieses könnte die Ursache dafür sein, daß Vorurteile so langlebig sind. Wenn einem der in diesem Abschnitt beschriebener Sachverhalt bewußt ist, so brauchen einem widersprüchliche Aussagen der Wirtschaftswissenschaft nicht in Verwunderung zu setzen.

...

16 1) Peter R. Hofstätter: Gruppendynamik, rde. Bd. 38, 6. Aufl. 1964